

## Dringliche Interpellation 290

### Ständeratswahl: Parteiische Unterstützung durch staatlich finanzierten Gemeindeverband?

Claudio Soldati namens der SP-Fraktion vom 31. August 2023

Aus dem gemeinsamen Ständeratskomitee der Ständeratskandidat\*innen Damian Müller (FDP) und Andrea Gmür (Die Mitte) sowie aus dem persönlichen Komitee von Damian Müller ist den jeweiligen Webseiten zu entnehmen, dass André Bachmann explizit in der Funktion als Präsident des Gemeindeverbandes LuzernPlus öffentlich seine Unterstützung bekundet. Dies in beiden Fällen als Co-Präsident des Komitees.

Der Gemeindeverband LuzernPlus hat das statutarische Ziel, eine durch die gesamte Politik akzeptierte Plattform zu sein, um die Interessen der Region zu bündeln und diese zu vertreten. Der Gemeindeverband wird durch öffentliche Gelder, sprich durch die Mitgliedergemeinden, finanziert. Als Mitglied finanziert auch die Stadt Luzern den Verband LuzernPlus mit jährlich 250'000.– Franken mit. Die Interpellant\*innen erachten eine einseitige Parteinahme und damit die Beitritte von LuzernPlus in die politischen Unterstützungskomitees für Kandidaturen politischer Ämter als demokratie- wie auch staatspolitisch äusserst heikel. Die Interpellant\*innen sehen dadurch die Neutralität einer durch die Stadt Luzern mitfinanzierten Gemeindeplattform als verletzt. Da die Stadt Luzern mit Stadträtin Manuela Jost im Vorstand und somit dem Führungsgremium von LuzernPlus vertreten ist, bitten die Interpellant\*innen dringend um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie steht die Stadt Luzern zur Tatsache, dass der Gemeindeverband LuzernPlus öffentlich einzelne Kandidat\*innen für ein politisches Amt unterstützt?
2. Hat die Stadt Luzern Kenntnis davon, dass der Gemeindeverband LuzernPlus, auch als Vertreter der Interessen der Stadt Luzern, bereits in der Vergangenheit öffentlich Kandidaturen für politische Ämter unterstützt hat?
3. Hatte die Stadt Luzern vorgängig Kenntnis vom Beitritt des Präsidiums von LuzernPlus – und damit als Vertretung der Gemeinden – in die Komitees einzelner Kandidaturen für ein politisches Amt? Liegt ein formeller Stadtratsbeschluss vor? Falls ja, was waren die Gründe, dass ein solcher Beitritt als unproblematisch erachtet wurde?
4. Welche Haltung hat die Stadt Luzern in dieser Sache im Vorstand von LuzernPlus vertreten?
5. Teilt der Stadtrat die Einschätzung, dass eine einseitige Parteinahme für einzelne Kandidat\*innen dem statutarischen Zweck widerspricht, eine «von Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit akzeptierte Plattform für die Organisation und Koordination der regionalen Zusammenarbeit in allen den Gemeinden obliegenden Politikfeldern» zu sein?

6. Welche Möglichkeiten hat die Stadt Luzern als Mitgliedsgemeinde, um das Verhalten des Vorstandes von LuzernPlus zu sanktionieren?